

Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt

AUFRUF:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Dr. Zekeriya Altuğ

Sprecher, Koordinationsrat der Muslime

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Landesbischof, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Prof. Christian Höppner

Präsident, Deutscher Kulturrat

Alfons Hörmann

Präsident, Deutscher Olympischer Sportbund

Reiner Hoffmann

Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund

Ingo Kramer

Präsident, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Kardinal Dr. Reinhard Marx

Erzbischof, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Prof. Dr. Kai Niebert

Präsident, Deutscher Naturschutzring

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Präsident, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Dr. Josef Schuster

Präsident, Zentralrat der Juden in Deutschland

steht außer Frage, dass wir unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und den Anliegen der vielen schutzsuchenden Menschen gerecht zu werden. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union darf sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen.

Die Aufnahme und Integration der vielen Flüchtlinge sind verbunden mit großen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern sowie die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden, Polizei, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen leisten Beeindruckendes. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ungebrochene Hilfsbereitschaft zeugt davon, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit zu den prägenden Werten unserer Gesellschaft gehören.

Deutschland braucht erheblich mehr Investitionen in seine Zukunftsfähigkeit. Dies zeichnet sich bereits seit Langem ab, wird angesichts der hohen Flüchtlingszahlen aber immer dringlicher. Wir benötigen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, ausreichenden bezahlbaren Wohnraum, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sowie Sicherheit vor Gewalt. Menschen, die von Armut, Arbeitslosigkeit oder fehlender sozialer Absicherung betroffen sind, dürfen bei der Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen nicht vernachlässigt werden. Alle müssen die gleiche Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, ihre Integration und die Verhinderung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Organisationen der Wohlfahrtspflege sowie die gesamte Zivilgesellschaft müssen auch weiterhin Verantwortung tragen. Wir sind überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam bewältigen können.

Deutschland ist ein demokratisches und weltoffenes Land, eingebettet in die Europäische Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, den universellen Menschenrechten verpflichtet. In Deutschland leben seit Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind.

Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch weiterhin seine humanitären Verpflichtungen erfüllt. Zugleich

Ein friedliches Miteinander und die Integration in die deutsche Gesellschaft gelingen nur dann, wenn die Werte des Grundgesetzes und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. Dies bedeutet etwa, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion ohne Unterschied anerkannt werden muss. Es bedeutet aber auch, dass niemand die eigene kulturelle oder religiöse Prägung als Deckmantel missbrauchen darf, um die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der körperlichen Unversehrtheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage zu stellen oder Minderheiten zu diskriminieren. Dort, wo das Gewaltmonopol des Staates missachtet oder Straftaten begangen werden, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Straftäter mit ausländischer Staatsangehörigkeit müssen gegebenenfalls mit der Beendigung ihres Aufenthalts in Deutschland rechnen.

Viele Flüchtlinge werden für lange Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Jeder Einzelne von ihnen muss als Mensch mit seinem Schicksal und seinen oft leidvollen Erfahrungen wahrgenommen werden. Ein nachhaltiger Integrationserfolg setzt ausreichende Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Bereitschaft zur Integration voraus. Deutsch zu lernen ist dabei genauso wichtig wie ein möglichst früher Zugang zu Integrationsmaßnahmen, Bildung, Kultur, Arbeit und Sport.

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen. Dafür sind möglichst betriebsnahe Maßnahmen, die den Einstieg in eine qualifizierte Berufsausbildung und deren erfolgreichen Abschluss ermöglichen, genauso wichtig wie Qualifizierungsmaßnahmen zur Aufnahme einer Beschäftigung. Die Maßnahmen und Programme müssen zu einer Gesamtstrategie für die Schaffung ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen zusammengeführt werden.

Wir wollen Demokratie und Rechtsstaat stärken. Wir stehen für Solidarität und Weltoffenheit. Wir sind davon überzeugt: Jeder, der in unserem Land Schutz sucht, muss Anspruch haben auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Auch denjenigen, die wegen wirtschaftlicher Not und Elend nach Deutschland kommen und als Ergebnis eines rechtsstaatlichen Verfahrens keine Bleibeperspektive haben und deshalb in ihre Heimat zurückkehren müssen, ist mit Empathie und Respekt zu begegnen.

Mit großer Sorge erfüllt uns die Tatsache, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit dazu nutzen, Feindseligkeit zu schüren und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. Jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt treten wir mit Entschiedenheit entgegen.

Wir rufen dazu auf,

- ▶ die Flüchtlings- und Einwanderungsdebatte sachlich und lösungsorientiert zu führen statt öffentlich Ressentiments zu schüren oder parteitaktische Interessen zu verfolgen,
- ▶ menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen, gleich woher sie kommen und gegen welche Gruppe sie sich richten, entgegenzutreten,
- ▶ rechtsextreme, menschenverachtende Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie Helferinnen und Helfer strafrechtlich konsequent zu verfolgen.

Wir treten ein für

- ▶ die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- ▶ einen Dialog über kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und die Schaffung von Räumen der Begegnung,
- ▶ eine solidarische und nachhaltige Politik, die allen in Deutschland lebenden Menschen gerechte Teilhabechancen eröffnet,
- ▶ ein verbessertes Bildungsangebot als Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration,
- ▶ eine Flüchtlingspolitik, die im Einklang mit unseren humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen steht und faire Asylverfahren garantiert,
- ▶ den Schutz der Grundrechte, zu denen die Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ebenso zählen wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Diskriminierungsverbot,
- ▶ den Schutz aller Menschen vor Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass,
- ▶ eine ausreichende finanzielle Vorsorge, damit die bestehenden und durch die Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlichen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Integration erfüllt werden können,
- ▶ die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bei der Bekämpfung von Kriminalität und ein friedliches Miteinander ohne Gewalt,
- ▶ ein Europa, das die Menschenwürde schützt und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben schafft.

Gerade in Krisenzeiten dürfen wir die rechtsstaatlichen, sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft nicht aufgeben. Die Würde des Menschen zu schützen, ist unser Ziel. Deshalb engagieren wir uns mit vereinten Kräften für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa.

© DITB



„Nächstenliebe und Barmherzigkeit kennen keine Obergrenzen. Besonders dann nicht, wenn Menschen in höchster Not sind. Dafür müssen wir alle gemeinsam – Muslime wie Christen oder Juden – einstehen, ohne Wenn und auch ohne Aber! Die aktuelle Debatte und die daraus resultierende Polarisierung unserer Gesellschaft bereitet uns insbesondere als Deutschen Muslimen sehr große Sorge. Umso bedenklicher ist es, dass dieser Populismus, die geistige Brandstiftung und das bewusste Schüren von Fremdenhass nicht nur auf dem Rücken der Schwächsten unter uns, den Flüchtlingen, austragen wird. Diese Zwietracht, die eine immer breitere Basis findet, verdeckt zum einen die immense Hilfsbereitschaft und den sehr starken Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite verhindert es, dass wir die Chancen, die in der aktuellen Entwicklung der Zuwanderung auch für unsere Zukunft stehen, wahrnehmen. Wir müssen nur bereit sein, diese Zukunft gemeinsam aufzubauen.“ **Dr. Zekeriya Altuğ, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime**

„Gerade in schwierigen Zeiten muss die Gesellschaft zusammenstehen und sich für ihre Schwächsten einsetzen. Aus dieser Überzeugung heraus engagieren sich mehrere hunderttausend Christinnen und Christen in Kirchengemeinden überall im Land für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen. In der „Allianz für Weltoffenheit“ sind wir Teil eines breiten Bündnisses gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschfeindlichkeit. Jenseits von politischen Standpunkten setzen wir uns für die Grundhaltung ein, aus der unsere Gesellschaft lebt: Deutschland ist ein weltoffenes Land, dessen Verantwortungshorizont nicht an den eigenen Grenzen endet.“ **Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland**



© HeilkeRost.com

© Tim Flavour



„Kulturelle Vielfalt verlangt Neugier auf andere Kulturen, Respekt vor anderen Kulturen und die Freude, die eigene Kultur und Sprache zu vermitteln. Die Werte des Grundgesetzes stehen für dieses Selbstverständnis und bilden die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Integration ist zuallererst eine kulturelle Herausforderung, für die, die kommen und die, die schon da sind. Kulturelle Integration ist für ein friedliches Zusammenleben unverzichtbar.“ **Prof. Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates**

„Wir müssen alle aktiv Verantwortung übernehmen, um die großen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, damit ein friedliches Miteinander gelingt. Wir schließen uns aus diesem Grund der Allianz an und bringen gleichzeitig unsere Stärken bei der Integration der Flüchtlinge weiter ein. Sportdeutschland mit seinen 90.000 Vereinen bietet ein soziales und organisatorisches Netzwerk, das vielen Flüchtlingen hilft, sich hier heimisch zu fühlen. Mit den Werten des Sports – gegenseitige Unterstützung, Fairness und Respekt – wollen wir den neuen Mitbürgern mehr Lebensfreude geben und gleichzeitig unserer gesellschaftlichen Rolle verantwortungsbewusst gerecht werden.“ **Alfons Hörmann, Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes**



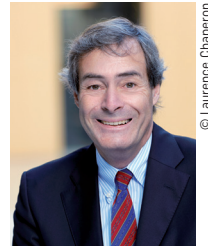
© DOSB/Torsten Sitz

© Simone M. Neumann



„Auch Werkstätten, Fabriken und Büros sind Orte der Begegnung. Dort erleben wir täglich, dass die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Kultur und Herkunft gut und reibungslos verläuft. Mit diesen Erfahrungen lässt sich Integration gestalten, weit über den Arbeitsplatz hinaus. Menschen, die gemeinsam etwas anpacken und sich kennenlernen, sind nicht mehr fremd.“ **Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

„Die deutsche Wirtschaft tritt für ein weltoffenes Europa ein, in dem ausnahmslos jeder Mitgliedstaat die Menschenwürde und unsere demokratischen Grundwerte schützt. Menschen, die nach Europa flüchten, weil sie in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind, müssen hier Zuflucht erhalten. Das ist aber nur möglich, wenn jene Menschen, die nicht von Verfolgung und Gewalt bedroht sind, auch in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden. Asylsuchende mit Bleibeperspektive müssen ihren Beitrag leisten, damit ihre Integration gelingt. Sie müssen die grundlegenden Werte und Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens uneingeschränkt anerkennen.“ **Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände**



© Laurence Chaperon



© Erzbischöfliches Ordinariat München

„Es gibt Zeiten, in denen es schwierig und anstrengend ist, den eigenen Werten treu zu bleiben. Eine solche Zeit erleben wir momentan in Deutschland und Europa. Die große Zahl der Flüchtlinge lässt Ängste und Sorgen aufkommen – und bei manchen auch die Versuchung, Hilfsbereitschaft und Mitmenschlichkeit zurückzustellen. Kein Zweifel: Realistische Lösungen sind gesucht, Überforderung muss vermieden werden. Aber unsere Gesellschaft darf darüber ihren moralischen Kompass und ihr Wertegerüst nicht vergessen. Daran zu erinnern, ist eine gemeinsame Aufgabe der gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb beteiligt sich die katholische Kirche engagiert an der ‚Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat‘. Für uns ist klar: Barmherzigkeit kennt keine Grenzen.“ **Kardinal Dr. Reinhard Marx, Erzbischof, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz**

„Wir beobachten mit Sorge, wie die Debatte um Menschen in Not zunehmend ausgenutzt wird, um die Grenze des Akzeptablen in Richtung Hass und Gewalt zu verschieben. Die im Grundgesetz verankerten Werte und Pflichten gelten für alle: für Schutzsuchende, aber auch für die so genannten besorgten Bürger. Hass und Obergrenzen haben dort keinen Platz. Unsere Allianz von mehr als 50 Millionen Menschen begreift sich als Aufstand der Anständigen für ein nachhaltiges, offenes und tolerantes Deutschland in Europa.“ **Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzinges**



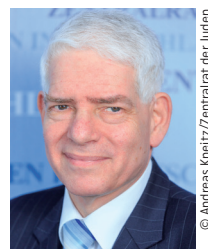
© Deutscher Naturschutzing / F. Buecherl



© Der Paritätische Gesamtverband

„Aufnahme und Integration der Geflüchteten: Dieser Herausforderung stellt sich die Freie Wohlfahrtspflege, vom ersten Tag an bis heute, mit Engagement und Empathie. Zusammen mit hunderttausenden ehrenamtlich Tätigen, darunter sehr viele Migrantinnen und Migranten. Darin zeigt sich die Kraft des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit dieser Kraft und klugen Konzepten kann Inklusion gelingen – zum Wohle aller.“ **Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Mitgliedsverbände: AWO, Caritas, Parität, DRK, Diakonie, ZWST)**

„Der Zentralrat der Juden in Deutschland unterstützt die Ziele der neuen Allianz aus tiefster Überzeugung. Werte wie Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Schutz von Minderheiten sowie Toleranz und Respekt müssen immer wieder neu errungen, neu mit Leben erfüllt und verteidigt werden. Dies ist gerade der jüdischen Gemeinschaft – aus schmerzlicher Erfahrung – sehr bewusst. Deshalb werden wir immer für diese Werte kämpfen. Deshalb fordern wir sie auch von allen Menschen in unserem Land ein, unabhängig davon, ob sie bereits hier leben oder gerade zu uns gekommen sind. Gemeinsam müssen wir Antisemitismus und Rassismus entschieden entgegentreten. Wenn wir die Flüchtlinge erfolgreich in unsere Wertegemeinschaft integrieren, wird dies unser Land stärken. Dafür braucht es einen starken Zusammenhalt. Jeder einzelne Bürger ist aufgerufen, seinen Beitrag zu einer solidarischen und toleranten Gesellschaft zu leisten.“ **Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland**



© Andreas Kneitz/Zentralrat der Juden

Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt

www.allianz-fuer-weltoffenheit.de

www.facebook.com/allianzfuerweltoffenheit 

#AllianzWeltoffenheit 



**ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND**

Impressum

Allianz für Weltoffenheit, Solidarität,
Demokratie und Rechtsstaat –
gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit
und Gewalt

Kontaktbüro Allianz für Weltoffenheit
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Telefon +49 30.240 60-0
E-Mail info@allianz-fuer-weltoffenheit.de

Vertretungsberechtigt: Reiner Hoffmann, Vorsitzender des
Deutschen Gewerkschaftsbundes
Presserechtlich verantwortlich: Maike Rademaker,
DGB Bundesvorstandsverwaltung, Abteilungsleiterin
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit